

**(Abg. Baldauf)**

Steuereinnahmen. Diese Steuersenkung hat den französischen Fiskus also letztlich nichts gekostet; vielmehr hat es dem Finanzminister beträchtliche Mehreinnahmen gebracht.

Leider - trotz dieser Erkenntnisse - spricht sich die SPD, aber auch Teile der CDU, für eine Mehrwertsteuererhöhung um beträchtliche vier Prozent aus. Das bedeutet eine Erhöhung um immerhin ein Viertel. Auch hier lohnt wiederum der Blick zu unseren französischen Nachbarn. Dort beschäftigt man sich mit Gedanken, was denn geschehe, wenn man in dieser Branche den Mehrwertsteuersatz von jetzt 5,5 Prozent wieder auf etwa 20 Prozent erhöhen würde.

(Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU).)

Herr Vogtel, dazu hat das französische Ministerium für Infrastruktur, Verkehr und Tourismus ein Szenario erarbeitet, das folgendermaßen aussieht. Bei Erhöhung würde sich im Baugewerbe leider ein Wegfall von 70.000 Stellen ergeben. Das Umsatzsteueraufkommen würde nicht ansteigen, wie man vermuten könnte, sondern es würde sinken. Letztlich würde die Schwarzarbeit wieder zunehmen. Das wollen wir alle vermeiden. Genau deshalb sind Steuererhöhungen kontraproduktiv. Sie bringen Deutschland nicht nach vorne.

(Abg. Maas (SPD): Das hat die FDP jahrzehntelang behauptet, als sie an der Regierung war.)

Herr Maas, Steuererhöhungen zementieren im Gegenteil unseren schwachen Platz im Wirtschaftswachstum innerhalb der EU.

(Beifall bei der FDP. - Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD). - Sprechen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und CDU, mit Ihren gemeinsamen Vorstellungen zur Mehrwertsteuererhöhung belegen Sie leider, dass Sie aus Ihren Fehlern aus der Vergangenheit nicht lernen.

(Abg. Pauluhn (SPD): Wann hat die SPD das letzte Mal die Mehrwertsteuer erhöht? - Sprechen.)

Hören Sie zu! - Den gleichen Effekt von Steuererhöhungen mussten Sie doch schon bei der Tabaksteuer beobachten.

(Abg. Commerçon (SPD): Wann wurde denn das letzte Mal die Mehrwertsteuer erhöht? - Zurufe von der CDU.)

Bei der Tabaksteuer versuchten Sie, durch beträchtliche Erhöhungen der Sätze die Gesundheitsreform zu finanzieren. Aber was war das Ergebnis der Erhöhung der Tabaksteuer?

(Sprechen.)

Das Schmuggeln von Zigaretten hat stark zugenommen. Das Aufkommen der Tabaksteuer ist stark eingebrochen. Man diskutiert jetzt seitens des Finanzministers Eichel, die letzte Stufe zurückzunehmen.

(Abg. Vogtel (CDU): Die Finanzexperten der SPD. - Anhalten des Sprechen.)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Ende kommen. Steuererhöhungen sind nicht dazu geeignet, Steuerlöcher zu stopfen. Steuererhöhungen schaffen neue finanzielle Löcher. Demgegenüber sind Steuersenkungen das beste Beschäftigungsprogramm. Nur so erhält unsere angeschlagene deutsche Wirtschaft die dringend benötigten Impulse. Unterstützen Sie uns! - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Alexander Funk.

**Abg. Funk (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist erschreckend, welches Niveau dieses Haus an den Tag legt.

(Sprechen.)

Abgeordnete kommen in T-Shirts mit politischen Parolen ins Haus - wie schon geschehen.

Abgeordnete halten Plakate mit politischen Parolen hoch. Und heute wird eine aktuelle Stunde zu einem Wahlkampfthema beantragt.

(Abg. Pauluhn (SPD): Sie sind sogar schon von diesem Ort hochgehalten worden - von Vertretern der CDU.)

Heute wird eine aktuelle Stunde zu einem Wahlkampfthema beantragt.

(Zuruf von der SPD: Nein. - Sprechen.)

Ich glaube, wir als Abgeordnete dieses Hauses tun uns keinen Gefallen damit, ein solches Niveau an den Tag zu legen. Jeder von uns sollte sich überlegen, was die Menschen im Saarland von Landtagsabgeordneten und von diesem Haus erwarten.

(Sprechen. - Zuruf: Jetzt sind wir einmal gespannt.)

Herr Hartmann, wenn Sie dieses bundespolitische Thema ins Haus tragen und wenn Sie hier Bundespolitik betreiben wollen, dann sagen Sie doch den Menschen klar und deutlich, dass Ihnen dieses Haus zu klein geworden ist und dass Sie viel lieber wieder im Bundestag in Berlin wären. Sagen Sie doch klar, dass Sie wieder in den Bundestag wechseln wollen.

(Lautes Sprechen.)

Holen Sie aber kein bundespolitisches Wahlkampfgerede ins Haus.

(Abg. Baldauf (FDP): Schnee von gestern. - Abg. Jungmann (CDU): Heute Morgen ist Frost gewesen. - Abg. Vogtel (CDU): Gestern Morgen hat er aber noch ziemlich hoch gelegen. - Zuruf von der SPD: Das geht alles von der Redezeit ab.)

Nur Geduld. - Herr Hartmann, falls Schwarz-Gelb in Berlin die Bundesregierung stellt und falls es eine umfassende Steuerreform gibt, die dringend notwendig ist und die das Ziel hat, die direkten Steuern zu senken und die indirekten Steuern zu erhöhen, dann werden Ihre Partei und Sie die Ersten sein, die diesem Steuerkonzept zustimmen werden. Insofern ist dieses Wahlkampfgerede heute nichts als pure Heuchelei.

(Beifall bei B 90/Grüne, SPD und CDU. - Sprechen.)

Eine Umsatzsteuerreform ist dringend notwendig.

(Sprechen.)

Herr Baldauf, Sie haben ja die Mehrwertsteuer im Baugewerbe in Frankreich angesprochen. Es gibt aber im Umsatzsteuerrecht eine ganz andere Ungerechtigkeit, auf die es hinzuweisen gilt und die endlich beseitigt werden muss. Ich halte es für einen Skandal, dass Katzenfutter nur mit 7 Prozent besteuert wird, Babynahrung hingegen mit 16 Prozent. Hier sind Familien steuerpolitisch stärker zu fördern.

(Zuruf: D'accord.)

**(Abg. Funk)**

Auch darüber muss diskutiert werden, wenn es um die Umsatzsteuer geht.

(Beifall bei der CDU.)

Die CDU steht für ein einfacheres und gerechteres Steuerkonzept, das die Familien mit Kindern stärker fördert. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich.

(Abg. Vogtel (CDU): Der Erfinder des Zickzack-Kurses.)

**Abg. Ulrich (B 90/Grüne):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir sollten die Diskussion vom Kopf auf die Füße stellen. Zuerst einmal eine kleine Richtigestellung zum Kollegen Wegner von der CDU: Ich habe bisher nie eine Mehrwertsteuererhöhung gefordert. Das ist auch in den Presseerklärungen nachzulesen. Ich habe sie hier, Herr Wegner. Ich zitiere sie gerne. Zum Beispiel am 20. Februar 2004. Das war einer der Zeitpunkte, als Ihr Ministerpräsident Müller erneut eine Mehrwertsteuererhöhung in die Diskussion gebracht hat. Ich habe ganz klar gesagt, ich fordere keine Mehrwertsteuererhöhung. Auf die Nachfrage hin, ob ich das kategorisch ablehne, habe ich gesagt, wenn natürlich andere Steuern, insbesondere Lohnsteuern, in gleichem Umfang gesenkt werden, könnte man vielleicht darüber diskutieren. Das ist der Zickzack-Kurs!

(Sprechen. Abg. Jungmann (CDU): Na also! Nichts anderes hat Peter Müller gefordert! - Lachen.)

Das ist aber auch schon alles. Aber die Mehrwertsteuererhöhung wird von mir persönlich, von den Grünen im Saarland und auch von den Grünen auf Bundesebene kategorisch abgelehnt. Dafür gibt es gute Gründe.

(Beifall bei B 90/Grüne.)

Zum Antrag der FDP. Herr Hartmann, wir wissen alle,

(Abg. Jungmann (CDU): Herr Ulrich unterstützt Müller)

dass wir Wahlkampfzeiten haben und die FDP sich ja so gerne als die Steuersenkungspartei geriert. Aber, Herr Hartmann, das Thema Mehrwertsteuer ist gerade das absolut falsche Thema für die FDP an diesem Punkt. Es gab eine ganze Reihe von Mehrwertsteuererhöhungen in Deutschland. Die letzten fünf Mehrwertsteuererhöhungen liefen von 1978 bis 1998. Am 01.01.1978 auf 12 Prozent. Die FDP hat sie erhöht; sie war mit in der Bundesregierung. Am 01.07.1979 auf 13 Prozent; die FDP hat die Mehrwertsteuererhöhung mitgetragen. Sie war mit in der Bundesregierung.

(Sprechen.)

Am 01.07.1983 wurde die Mehrwertsteuer auf 14 Prozent erhöht; die FDP hat sie mit erhöht. Sie war in der Bundesregierung mit der CDU. Am 01.01.1993 wurde die Mehrwertsteuer auf 15 Prozent erhöht. Die FDP hat sie mit erhöht; sie war auch in der Bundesregierung. Die letzte Mehrwertsteuererhöhung war am 01. April 1998 und - oh Wunder - die FDP hat sie mit erhöht. Sie war damals noch in der Bundesregierung.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

Es wurde eingangs von Ihnen gesagt, Rot-Grün hat die Steuern und die Kosten in diesem Land so furchtbar erhöht. Die Realität ist: Rot-Grün hat die Steuern massiv gesenkt.

(Sprechen. - Abg. Jungmann (CDU): Deswegen stehen Sie so gut in der Wählergunst!)

Die rot-grüne Bundesregierung - das muss man gerade vor dem Hintergrund dieser Diskussion auch erwähnen - hat in den letzten sieben Jahren ihrer Regierungszeit die Mehrwertsteuer nicht ein einziges Mal erhöht, im Gegensatz zur FDP, die sie fünfmal erhöht hat.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne. - Zuruf des Abgeordneten Hartmann (FDP).)

Herr Hartmann, so weit zu den harten Fakten beim Thema Mehrwertsteuererhöhung. - In der Kürze der Zeit zwei weitere Sätze. Es gibt gute Gründe, warum diese rot-grüne Regierung immer von der Mehrwertsteuererhöhung weggeblieben ist. Es gibt auch gute Gründe, warum man jetzt wegbleiben muss.

(Zuruf: Wer die Ökosteuer erhöht, der braucht die Mehrwertsteuer nicht zu erhöhen.)

Die Gründe heißen einfach: Konjunktur, Konjunktur, Konjunktur. Die Wirtschaftsverbände warnen vor der Mehrwertsteuererhöhung, insbesondere der Einzelhandelsverband und das Handwerk. Eine solche Mehrwertsteuererhöhung wäre massiv konjunkturschädlich. Wirtschaftspolitik - das wissen wir alle - besteht in ganz hohem Maße aus Psychologie, gerade aus der Psychologie der Konsumentinnen und Konsumenten. In der jetzigen Situation, in der die Konjunktur wieder einigermaßen an Fahrt zu gewinnen scheint, wäre ein solches Signal völlig falsch. Es wäre ein Signal in Richtung Konjunkturabschwung. Das kann sich dieses Land absolut nicht leisten.

Die CDU bringt die Mehrwertsteuererhöhung in die Diskussion. Im Moment sind es Herr Müller, Herr Koch und andere CDU-Ministerpräsidenten. Natürlich geht man davon aus, dass man diese Bundestagswahl gewinnt. Warten wir einmal ab, ob es wirklich geschieht. Das steht auf einem anderen Blatt, aber man rechnet seitens der CDU damit. Dann hat man natürlich die Notwendigkeit, Haushaltslöcher zu stopfen. Das ist doch der wahre Hintergrund dieser Mehrwertsteuerrückfrage. Sie versuchen bereits im Vorfeld, Gelder zu generieren, um potenzielle Haushaltslöcher zu stopfen.

(Abg. Vogtel (CDU): Potenziell! - Sprechen und Lachen bei der CDU.)

Das ist in doppeltem Sinne falsch, weil das - wie gesagt - die Konjunktur schädigt.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Das wäre, selbst wenn man es macht, der völlig falsche Ansatz gerade vor diesem Hintergrund. Man muss sich eine Sache klar machen. Die rot-grüne Bundesregierung hat es in den letzten Jahren geschafft, die Lohnnebenkosten - also die Belastung des Faktors Arbeit - zumindest ein wenig zu verringern, nachdem die CDU-FDP-Vorgängerregierung gerade in den Neunzigerjahren diese Lohnnebenkosten auf 42 Prozent hochgeschraubt hatte. Das ist ein dramatischer Wert! Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer würde auch den Faktor Arbeit erneut belasten. Auch das wäre ein großer Fehler. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Klaus Roth.

**Abg. Roth (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Wahlkampf hat das saarländische Parlament erreicht. Warum führen wir heute diese Diskussion? Warum haben wir heute diese aktuelle Stunde? Wir haben sie doch nur deshalb, weil Rot-Grün auf ganzer Linie versagt hat. Sie haben einfach versagt.

(Lachen und Beifall bei der CDU. - Zuruf: Bravo.)